



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

NEUREGELUNG DER GOUVERNEURSWAHLEN BEZIEHUNG ZWISCHEN STAAT UND WIRTSCHAFT

■ ANALYSE		
Die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen		2
Von Grigorii V. Golosov, St. Petersburg		
■ UMFRAGE		
Die Gouverneure in den Augen der russischen Bevölkerung		6
■ DOKUMENTATION		
Gouverneurswechsel 2012 nach neuer und alter Regelung		7
■ DOKUMENTATION		
Die Regelungen zur Wahl der Gouverneure seit Gründung der Russischen Föderation		8
Von Eva Wachter, Bremen		
■ ANALYSE		
Ein »neuer Kurs« im Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Russland?		10
Von Andrei Yakovlev, Moskau		
■ RANKING		
Russlands Platzierung im Ease of Doing Business Ranking der Weltbank		15
■ CHRONIK		
Vom 3. bis zum 17. Mai 2012		16
■ VERANSTALTUNG		
5. Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden – Junge Wirtschaftseliten im Meinungsaustausch		19

Die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen

Von Grigorii V. Golosov, St. Petersburg

Zusammenfassung

Am 2. Mai 2012 wurde die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen beschlossen, welche 2004 abgeschafft und von einem Verfahren ersetzt wurden, in dem der Präsident einen Kandidaten auswählte, welcher dann von dem regionalen Parlament bestätigt wurde. Dieses Verfahren war bei der Bevölkerung wenig populär. Die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen wurde vielfach als eine Reaktion des Präsidenten auf die Proteste auf dem Bolotnaja-Platz gedeutet. Allerdings erscheinen die neuen Wahlregelungen nur auf den ersten Blick als ein Entgegenkommen des Präsidenten und eine Ausweitung demokratischer Rechte. Weiterhin werden durch die Regeln Kandidaten, die nicht die Gunst des Präsidenten haben, benachteiligt. Ein Mehr an Demokratie wird durch die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen kaum zu erwarten sein.

Einleitung

Die Idee zur Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure war Teil eines Reformpakets, welches der damalige Präsident Dmitrij Medwedew am 22. Dezember 2011 vor den beiden Kammern des Parlaments vorstellte. Neben der Wiedereinführung der Gouverneurswahlen kündigte Medwedew auch an, die Bedingungen zur Registrierung politischer Parteien erleichtern zu wollen, Hindernisse für die Teilnahme von Parteien und Kandidaten an Wahlen abzubauen, das Wahlsystem für die Wahl zur Staatsduma zu reformieren und ein russisches öffentlich-rechtliches Fernsehen einzuführen. Allerdings dominiert in der öffentlichen Meinung die Einschätzung, dass das gesamte Reformpaket eine etwas eigenartige Antwort der russischen Regierung auf die im Laufe des 10. Dezember bei den Demonstrationen auf dem Bolotnaja-Platz laut gewordenen Forderungen nach Demokratisierung sei. Russische Politiker betonten mehrfach, dass die Reform seit langem vorbereitet worden sei und deswegen nichts mit den Protesten zu tun habe, die Aufrichtigkeit dieser Erklärung ist jedoch zu bezweifeln. Es ist bezeichnend, dass das Wahlsystem, welches Medwedew ursprünglich für die Parlamentswahl vorgeschlagen hatte, im Zuge der Umsetzung in einen Gesetzesentwurf bis zur vollständigen Unkenntlichkeit abgeändert wurde. Bedeutende Änderungen wurden im Gesetzgebungsprozess auch bei weiteren Reformvorschlägen vorgenommen, einschließlich der Neuregelung der Gouverneurswahlen. Eine Analyse der an den ursprünglichen Reformvorschlägen vorgenommenen Änderungen erlaubt einen Einblick in die Handlungslogik und auch die Ziele der russischen Führung.

Der Kontext der Reform

Unter den jetzt diskutierten politischen Reformen hat die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen eine besondere Stellung. Während Medwedew die anderen Reformen zum ersten Mal am 22. Dezember 2011

vor den beiden Kammern des Parlaments ankündigte, schlug die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen erstmalig Wladimir Putin eine Woche vorher, am 15. Dezember auf einer im Fernsehen übertragenen Pressekonzferenz vor. Putin erinnerte daran, dass er seinerzeit persönlich die Regelung entwickelt hatte, nach der das jeweilige Regionalparlament über vom Präsidenten vorgeschlagene Kandidaten für das Amt des Gouverneurs abstimmte. Diese Regelung hat – so Putin – nun ihre Aufgabe erfüllt und muss deswegen geändert werden. Um zu verhindern, dass in den Regionen Separatisten an die Macht kommen, müsste aber weiterhin das föderale Zentrum die Möglichkeit zum Eingreifen in den Wahlprozess haben.

Putin erklärte, dass die neue Regelung so aussehen könnte, dass »alle Parteien, die dem Regionalparlament aufgrund direkter und geheimer Wahlen angehören, dem Präsidenten ihre Kandidaten für das Amt des Gouverneurs – des Leiters der Regionen – vorschlagen. Diese Vorschläge gehen dann über den Tisch des Präsidenten [wörtlich: durch den Präsidentenfilter] und er präsentiert sie dann schon nicht mehr den Abgeordneten des Regionalparlaments, sondern der gesamten Bevölkerung der Region zur direkten und geheimen Wahl«. Medwedew sparte diese Details in seiner Rede aus. Offensichtlich wurde angenommen, dass Putin sie ausreichend erläutert hatte.

Die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen war somit die erste Reform der politischen Führung nach den für sie enttäuschenden Ergebnissen der Parlamentswahlen am 4. Dezember. Von der Bedeutung dieser Reform zeugt auch, dass Medwedew ihr in seiner Rede höchste Priorität gab. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass die Neustrukturierung der regionalen Machtstrukturen überhaupt nicht von den Demonstranten auf dem Bolotnaja-Platz gefordert wurde. Könnte dieser Umstand bedeuten, dass der Kreml in Bezug auf die Gouverneurswahlen von Anfang an eigene Ziele

verfolgte und die Reformen überhaupt keine Reaktion auf die Massenproteste darstellten? Dieser Schluss ist so wohl nicht zutreffend. Wohl aber zeigten die Umfrageergebnisse seit dem Zeitpunkt der Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure 2004 eine stetig wachsende Unzufriedenheit der Bürger mit der neuen föderalen Ordnung. Von allen Maßnahmen Putins in den Jahren 2004 bis 2006, die auf eine Einschränkung der Demokratie abzielten, wurde die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure von der Bevölkerung am stärksten als Verlust eines Rechtes wahrgenommen, welches ihr eigentlich zustehe. Deswegen kann man davon ausgehen, dass, selbst wenn die Wiedereinführung der Gouverneurswahlen nicht auf den Demonstrationen gefordert wurde, sie doch eine beschwichtigende Wirkung auf die kritischen Bürger haben sollte.

Zweifelsohne verfolgten die Machthaber bei der Reform des Wahlrechts jedoch eigene Interessen, welche nicht mit den Massenprotesten, sondern vielmehr mit den Ergebnissen der Parlamentswahl vom 4. Dezember zu tun hatten. Um zu verstehen, welche Interessen hier eine Rolle spielten, muss man die Machtverteilung im föderalen System analysieren, wie sie in Russland seit der letzten Reform 2004 bestand.

Die alte Regelung

Das zentrale Merkmal der 2004 eingeführten Regelung zur Ernennung der Gouverneure war, dass die Gouverneure nun nicht mehr, wie vorher üblich, von der Bevölkerung direkt gewählt wurden, sondern vom Präsidenten ernannt wurden und diesem gegenüber voll politisch verantwortlich waren. Mit der 2004 vorgenommenen Reform hatte die Wahl der vom Präsidenten zur Abstimmung vorgeschlagenen Kandidaten durch das regionale Parlament rein symbolischen Charakter. Häufig stimmten zwei bis drei Abgeordnete gegen den Kandidaten des Präsidenten, in vielen Fällen wurde er aber sogar einstimmig »gewählt«. Der Grund hierfür lag nicht allein darin, dass das Regionalparlament bei fehlender Unterstützung die eigene Auflösung fürchten musste. Hinzu kam vielmehr, dass die Gouverneure in den Regionen bis zur Reform von 2004 eine starke Machtstellung besaßen, da sie de facto sowohl das Regionalparlament als auch die politischen Parteien in der Region kontrollierten oder unter Druck setzen konnten. Die wissenschaftliche Literatur stimmt deswegen weitestgehend in der Einschätzung überein, dass die regionalen politischen Regime seit Mitte der 1990er Jahre einen autoritären Charakter annahmen.

Das größte Problem für die politische Führung Russlands bestand vor der Reform von 2004 darin, dass die regionalen Organe, welche über wichtige Kontrollkompetenzen vor Ort verfügten, auch weiterhin ein hohes

Maß an Autonomie vom Zentrum einforderten. Wie die Wahlen zu den regionalen Parlamenten 2003 und 2004 zeigten, versuchten die regionalen Akteure, ihre Kontrollkompetenzen aufrecht zu erhalten und missachteten in vielen Fällen eine vom Kreml vorgegebene Priorität: gute Wahlergebnisse für »Einiges Russland« zu sichern. Stattdessen organisierten die Gouverneure Koalitionen aus mehreren Parteien und schufen sich somit selbst stabile Machtbündnisse, sogenannte »Gouverneursblöcke«. Sie waren dadurch nicht mehr auf die Unterstützung von »Einiges Russland« angewiesen und gewannen die Gouverneurswahlen in der Regel als unabhängige Kandidaten. Die Gouverneure konnten also die Wahlergebnisse in ihrer Region nachhaltig beeinflussen und waren bereit, diesen Einfluss zu ihrem eigenen Vorteil – und nicht unbedingt im Interesse der nationalen politischen Führung – zu verwenden.

Der Sinn der Reform von 2004 bestand deshalb vor allem darin, durch die direkte Verantwortlichkeit der Gouverneure gegenüber dem Zentrum ihren Einfluss auf die Wahlergebnisse im Interesse der herrschenden Gruppen nutzen zu können. Die Reform hatte aber Vorteile für beide Seiten. Das Zentrum sollte von den Gouverneuren die benötigten Wahlergebnisse erhalten, während im Gegenzug die Gouverneure – in dem Maß, in dem sie diese Vorgabe erfüllen konnten – volle Handlungsautonomie vor Ort bekamen. Die zentralen Elemente ihrer unkontrollierten Macht blieben so erhalten oder verstärkten sich noch. Auf diese Weise wurden die regionalen autoritären Regime in eine gesamtstaatliche autoritäre Struktur eingegliedert. Diese Entwicklung markierte einen entscheidenden Schritt bei der Abweichung Russlands vom demokratischen Entwicklungsweg. Die Regionalwahlen in den Jahren 2007 und 2008 bestätigten die kurzfristige Effektivität dieser Strategie.

Allerdings wurden bald auch die ersten Probleme sichtbar. In den Jahren 2005 und 2006, unmittelbar nach der Einführung der neuen Regelung, zeigte sich, dass es nur selten zu einem Wechsel der Gouverneure kam. In der Regel ernannte Putin dieselben Gouverneure, die vorher auch in den Wahlen gewonnen hatten. Ab 2008 wurden die Gouverneure allerdings merklich häufiger ausgewechselt. 2010 erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Dadurch wurde deutlich, dass es dem Zentrum nicht gelungen war, ein effektives System zur Rekrutierung von Gouverneuren zu schaffen. Viele der vom Präsidenten neu ernannten Kandidaten kannten die jeweilige Region nicht – in der sie als beinahe absolute Herrscher regierten. Sie waren mit den Führungsaufgaben überfordert und wurden von der umfangreichen Korruption erfasst. Meinungsumfragen zeigten, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Gouverneure beständig sank. Darüberhinaus haben

sich einige der neu ernannten Gouverneure in die latenten Konflikte zwischen einflussreichen Politikern und Unternehmern hineinziehen lassen, welche sich noch unter ihren Vorgängern entwickelt hatten. Neben der Tatsache, dass die Gouverneure allgemein an Ansehen verloren, wirkte sich dies auch äußerst negativ auf ihre Fähigkeit aus, die Wähler zu mobilisieren und Wahlfälschungen zu koordinieren. Mit anderen Worten: Die Gouverneure haben sich nur eingeschränkt als fähig erwiesen, ihren Teil des Vertrags mit dem Zentrum zu erfüllen.

Ab Frühling 2010 wurde also deutlich, dass die Gouverneure nicht in der Lage waren, gute Ergebnisse für »Einiges Russland« in Regional- und Kommunalwahlen zu gewährleisten. Diese Signale wurden vom Zentrum allerdings ignoriert. Offenbar vertraute man darauf, dass die Bedeutung der bevorstehenden landesweiten Wahlkampagnen mit direkter Beteiligung des Präsidenten die Wahlergebnisse positiv beeinflussen würde. Ein Problem bestand aber darin, dass die Gouverneure bei Regionalwahlen trotz geringer Unterstützung in der Bevölkerung – vor allem aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung und aufgrund der Existenz von Einzelwahlkreisen – in der Lage waren, eine Mehrheit für »Einiges Russland« zu sichern. Ohne diese beiden Faktoren konnte auch die landesweite Wahlkampagne die Situation nicht retten. Hinzu kam, dass viele der neuernannten Gouverneure nicht genug Erfahrung besaßen, um den Sieg in wichtigen Wahlen zu sichern, bei denen die Wähler echtes Interesse zeigten. Früher hatten die Gouverneurswahlen eine ähnlich wichtige Bedeutung gehabt. Mit der Abschaffung der Gouverneurswahlen gehörte die Beeinflussung wichtiger Wahlen aber nicht mehr zu den relevanten Fähigkeiten der Gouverneure.

Die aktuelle Reform

Der Kreml könnte also die Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure als Schritt zur Wiederherstellung eines funktionierenden Systems betrachtet haben und es gab tatsächlich ausreichende Gründe für eine optimistische Einschätzung. Tatsächlich verändert die Wiedereinführung der Wahlen die monopolistische politische Struktur in den Regionen nicht. Auch wenn er in Zukunft gewählt wird, kann der Gouverneur weiterhin herrschen – frei von institutionellen Einschränkungen (wie sie ein starkes Regionalparlament schaffen könnte) und ohne politische Konkurrenz (wie sie von einer starken Opposition käme). Um eine langfristige demokratische Entwicklung anzustoßen, wäre somit nicht die Wiedereinführung der Direktwahl, sondern eine tiefgreifende Reform der regionalen Machtstrukturen einschließlich einer Erweiterung der Vollmachten der Regionalparlamente und der Einführung von Elementen

parlamentarischer Regierungssysteme auf der regionalen Ebene erforderlich. Dies ist jedoch ohne eine breit angelegte Demokratisierung nicht möglich und sinnvoll.

Zugleich birgt die Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure auch einige Risiken für die autoritäre politische Ordnung des Landes. Der Kreml kann nicht ausschließen, dass ein unvorhergesehenes Ereignis, beispielsweise eine dramatische Wirtschaftskrise oder ein öffentlicher Skandal, das Interesse der Bevölkerung an der Politik steigert und kritische Stimmen zu einer Massenbewegung anschwellen lässt. In einer derartigen Situation kann der Anteil der Protestwähler, die für jeden Kandidaten stimmen, solange er nicht mit der aktuellen politischen Führung verbunden ist, deutlich ansteigen. Damit wurden die Handlungsmöglichkeiten der Opposition erheblich ausgeweitet. Erfolge bei Gouverneurswahlen würden es dann der Opposition erlauben, regionale Machtzentren zu bilden. Das bisherige Fehlen solcher regionalen Machtzentren der Opposition ist eine der zentralen Ursachen für den Wahl-Autoritarismus in Russland. Darüber hinaus wurde deutlich, dass, selbst wenn die von offizieller Seite aufgestellten Kandidaten die Wahl gewinnen, Massenproteste gegen das Wahlergebnis ebenfalls eine beachtliche Bedrohung für die politische Führung darstellen.

Es versteht sich, dass diese Risiken von Anfang an bei der Konzeption der Reform berücksichtigt wurden, die in der ursprünglichen Formulierung Putins nicht die freie Beteiligung aller Kandidaten an den Wahlen vorsah, sondern nur eine Abstimmung der Bevölkerung über vom Präsidenten genehmigte Kandidaten. Im Verlauf der Ausarbeitung des entsprechenden Gesetzes zeigte sich allerdings, dass die rechtliche Umsetzung der Idee des »Präsidentenfilters« nicht einfach ist. Der erste Gesetzesentwurf sah vor, dass »die politischen Parteien nach Konsultationen mit dem Präsidenten der Russischen Föderation ihre Kandidaten aufstellen können, wobei der Präsident die Form der Konsultationen bestimmt«. Schon bei den ersten Debatten über den Gesetzesentwurf kam von Vertretern der Partei »Einiges Russland« der Einwand, dass die Regelungen zu der Konsultation einer Konkretisierung bedürfen. Diese war aber nicht einfach. Falls die Konsultationen nicht obligatorisch wären und der Präsident nicht das Recht hätte, vorgeschlagene Kandidaten abzulehnen, wäre der »Präsidentenfilter« nur eine leere Hülle. Darüberhinaus wäre der Präsident eigentlich nicht legitimiert, die von den Parteien aufgestellten Kandidaten abzulehnen. Würden dem Präsidenten solche Rechte allerdings eingeräumt, hätte das Zentrum die volle Verantwortung für die Auswahl an Kandidaten, und im Konfliktfall würde die Verantwortung automatisch von der regionalen auf die föderale Ebene verlagert werden.

In der von der Staatsduma am 24. April 2012 verabschiedeten Fassung des Gesetzes war der »Präsidentenfilter« als unverbindliches Element nur noch von sekundärer Bedeutung. Stattdessen enthält das Gesetz nun die Idee eines »Kommunalfilters«, welcher zum ersten Mal bei einem Treffen von Medwedew mit Repräsentanten der Regionen am 6. April vorgestellt wurde. Die endgültige Fassung sieht nun so aus: Es können sich nur diejenigen Kandidaten für die Gouverneurswahl registrieren, die sich die Unterstützung von 5 bis 10% der Abgeordneten der Kommunalparlamente sowie die Unterstützung von drei Vierteln der Verwaltungschefs der Kommunen innerhalb der entsprechenden Region sichern können. Die Abgeordneten können ihre Unterstützung, welche dann auch durch eine notariell beglaubigte Unterschrift bestätigt werden muss, nur einem Kandidaten geben. Die Festsetzung der genauen prozentualen Grenzwerte obliegt dem regionalen Gesetzgeber. Er wird auch entscheiden, ob an der Gouverneurswahl nur von Parteien nominierte Kandidaten oder auch unabhängige Kandidaten teilnehmen können. Falls unabhängige Kandidaten erlaubt werden, benötigen sie für ihre Kandidatur die Unterstützung von 0,5% bis 2% der Wahlberechtigten in ihrer Region.

Es ist offensichtlich, dass der »Kommunalfilter« die Aufstellung von Kandidaten verhindern soll, die von den jeweiligen Machthabern in Zentrum und Region nicht gewollt werden. In den Kommunalparlamenten sitzen fast ausschließlich Vertreter von »Einiges Russland«, was sogar schon zu der Situation führte, dass, um ein gewisses Maß an Wettbewerb bei den Wahlen vorzutauschen, die Vertreter von »Einiges Russland« die Kandidatur von Konkurrenten mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Es ist somit jetzt schon absehbar, dass nur solche »Oppositionelle« bei Gouverneurswah-

len aufgestellt werden, welche gegenüber der politischen Führung absolut loyal sind und für diese somit keine Bedrohung darstellen.

Resümee

Somit ist die Idee der direkten Gouverneurswahlen ihres Sinns de facto absolut entleert worden. Der wichtigste Erklärungsfaktor hierfür ist sicherlich, dass die Proteststimmung im Lande nachgelassen hat: Die politische Führung sieht sich nicht mehr veranlasst, Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig ist aber festzuhalten, dass andere Teile des politischen Reformpakets nicht in dem Maße inhaltlich entkernt wurden, wie es bei der Wahlreform der Fall war. Beispielsweise erfuhr das Gesetz über die politischen Parteien keine bemerkenswerten Abänderungen.

Wodurch lassen sich diese Unterschiede erklären? Die hohe Fragmentierung des Parteiensystems, die auch ein Ergebnis dieser Reform sein wird, passt nicht nur zur langfristigen Strategie der Sicherung autoritärer politischer Macht, sondern auch zur kurzfristigen Neutralisierung akuter Bedrohungen. Bezogen auf die Gouverneurswahlen würde nur der langfristige Aspekt zutreffen, nicht aber der kurzfristige, denn in Anbetracht der Tatsache, dass die nächsten landesweiten Wahlen erst 2016 anstehen, könnten gerade regionale Wahlen kurzfristig zu einer Quelle von Instabilität werden. Da das zentrale Ziel der von Medwedew eingeleiteten politischen Reformen nicht die Demokratisierung ist, sondern die Konsolidierung der bestehenden Machtverhältnisse durch die Schaffung effektiverer institutioneller Formen, ist es nicht verwunderlich, dass das potentiell gefährlichste Element, direkte Gouverneurswahlen, vollständig ausgehöhlt wurde.

Übersetzung aus dem Russischen: Eva Wachter

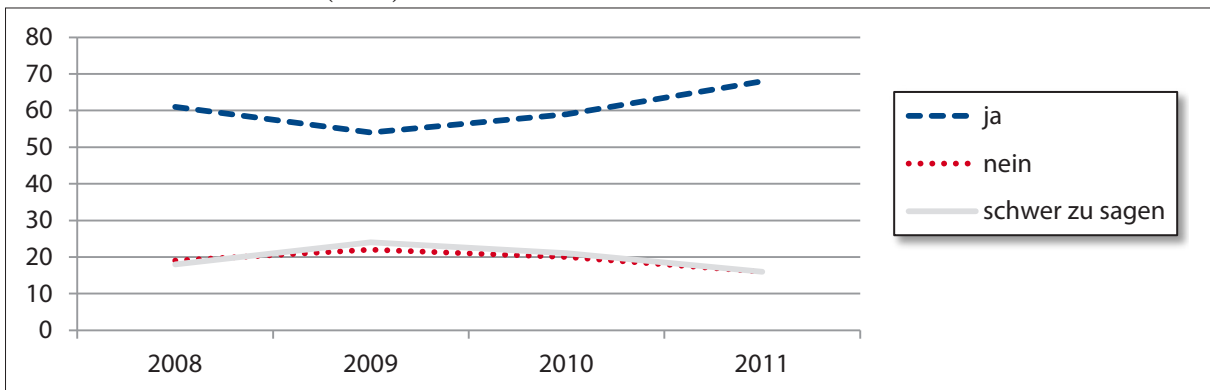
Über den Autor

Grigori V. Golosov ist Doktor der Politikwissenschaft und Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europäischen Universität Sankt Petersburg.

UMFRAGE

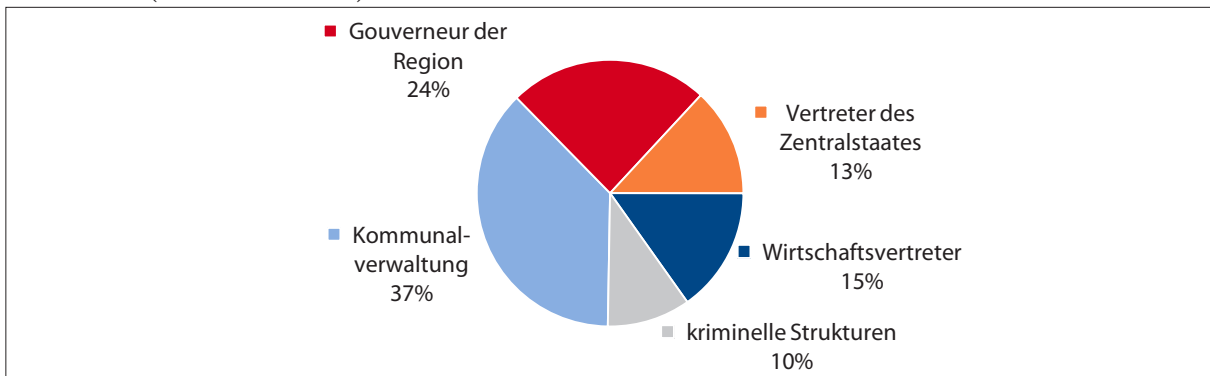
Die Gouverneure in den Augen der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Würden Sie persönlich eine Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure befürworten? (in %)



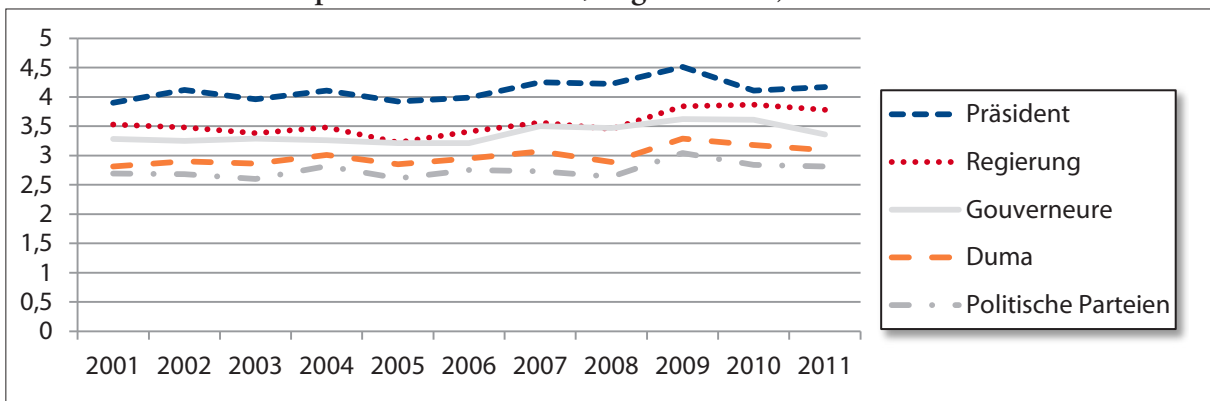
Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, http://www.levada.ru/sites/default/files/levada_2011_0.pdf (S. 139)

Grafik 2: Wer hat Ihrer Meinung nach die tatsächliche Macht in Ihrer Stadt/Ihrer Kommune? (Dezember 2010)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/19-01-2011/nuzhna-li-rossii-nezavisimost-vetvei-vlasti>

Grafik 3: Wichtigkeit politischer Institutionen im Vergleich (Durchschnittswert auf einer 5er Skala mit 1= praktisch keine Rolle, 5=große Rolle)



Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, http://www.levada.ru/sites/default/files/levada_2011_0.pdf (S. 91)

Gouverneurswechsel 2012 nach neuer und alter Regelung

Tabelle 1: Gouverneure, die seit der Ankündigung der Neuregelung noch nach dem alten Verfahren eingesetzt wurden

Föderations-subjekt	Gouverneur	Beginn der Amtszeit	Vorhergehender Gouverneur	Frühzeitig aus dem Amt geschieden	Reguläres Ende der Amtszeit
Moskauer Gebiet	Sergej Schoigu	11.05.2012	Boris Gromow	nein	
Bezirk Primorje	Wladimir Mirkluschewski	16.03.2012	Sergej Darkin	ja	Januar 2015
Bezirk Krasnodar	Alexander Tkatschow	21.03.2012	Alexander Tkatschow	nein	
Gebiet Saratow	Walerij Radaev	05.04.2012	Pawel Ipatow	ja	April 2015
Gebiet Murmansk	Marina Kowtun	13.04.2012	Dimitrij Dimitrijenko	ja	März 2014
Region Stawropol	Walerij Serenkow	05.05.2012	Walerij Gajewski	ja	Mai 2013
Leningrader Gebiet	Alexander Drosdenko	28.05.2012	Waleri Serdjukow	ja	09.07.2012
Republik der Burjaten	Wjatscheslaw Nagowizin	14.05.2012	Wjatscheslaw Nagowizin	ja	10.07.2012
Gebiet Samara	Nikolai Merkuschkina	10.05.2012	Wladimir Artjakow	ja	August 2012
Republik Mordwinien	Wladimir Wolkow	10.05.2012	Nikolai Merkuschkina	ja	Oktober 2015
Gebiet Kostroma	Sergej Sitnikow	28.04.2012	Igor Sljunjajew	ja	Oktober 2012
Gebiet Smolensk	Aleksej Ostrowskij	26.04.2012	Ergej Antuvjev	ja	Dezember 2012
Gebiet Jaroslawl	Sergej Jastrepow	05.05.2012	Sergej Wakrukow	ja	Dezember 2012
Region Perm	Viktor Basargin	05.05.2012	Oleg Tschirkunow	ja	2012
Gebiet Omsk	Viktor Nasarow	30.05.2012	Leonid Poleschajew	nein	
Gebiet Tomsk	Sergej Schwatschkin	15.02.2012	Viktor Kress	nein	
Gebiet Wolgograd	Sergej Boschenow	02.02.2012	Anatolij Browko	ja	Januar 2015
Gebiet Wologda	Oleg Kuwschinnikow	28.12.2011	Wjatscheslaw Posgaljow	nein	
Gebiet Archangelsk	Igor Orlowa	03.02.2012	Ilja Michaltschuk	ja	April 2013
Republik Tuwa	Scholban Kara-Ool	02.03.2012	Scholban Kara-Ool	nein	
Gebiet Swerdlowsk	Jewgenij Kujwaschew (kommissarisch)	14.05.2012	Alexander Mischarin	ja	

Quellen: <http://kremlin.ru/news>, <http://council.gov.ru/staff/members/subjects/>, Seiten der Regierungen der Föderationssubjekte

Tabelle 2: Gouverneure, die in den kommenden Monaten auf Grundlage der Neuregelung von der Bevölkerung direkt gewählt werden

Föderationssubjekt	Gouverneur	Reguläres Ende der Amtszeit
Gebiet Nowgorod	Sergej Mitin	07.08.2012
Gebiet Brjansk	Nikolai Denin	18.10.2012
Gebiet Amur	Oleg Koschemjako	20.10.2012
Region Transbaikalien	Rawil Geniatulin	01.03.2013
Gebiet Wladimir	Nikolai Winogradow	März 2013
Autonomer Kreis der Tschukschen	Roman Kopin	13.07.2013

Quellen: <http://council.gov.ru/staff/members/subjects/>, *Seiten der Regierungen der Föderationssubjekte*

Zusammengestellt von Eva Wachter

DOKUMENTATION

Die Regelungen zur Wahl der Gouverneure seit Gründung der Russischen Föderation

Von Eva Wachter, Bremen

Russland gliedert sich derzeit in 83 Regionen, sogenannte Föderationssubjekte, darunter 21 Republiken (respubliki), neun Bezirke (kraja), 46 Gebiete (oblasti), zwei Städte föderaler Bedeutung (Moskau und St. Petersburg), ein autonomes Gebiet (awtonomnaja oblast) und zehn autonome Bezirke (awtonomie okrugi). Die Chefs der jeweiligen regionalen Exekutive, d. h. der regionalen Regierung und Verwaltung, führen unterschiedliche Titel. Während sie in den Republiken meist als Präsident bezeichnet werden, tragen sie in den Bezirken und Gebieten den Titel Gouverneur oder auch Verwaltungsleiter. In den Städten werden sie Bürgermeister genannt. Allerdings hat sich der Titel »Gouverneure« als allgemeine Bezeichnung durchgesetzt, wenn von den Chefs der Exekutiven der Föderationssubjekte in der Mehrzahl gesprochen wird. Die Regelungen über Wahl- bzw. Ernennungsverfahren der Gouverneure wurde seit Bestehen der Russischen Föderation einige Male geändert.

Regelungen bis 2004

Nach dem Ende der Sowjetunion war das Ernennungsverfahren für die Gouverneure nicht eindeutig geregelt. Zwar existierte seit 1991 ein Gesetz zur Wahl der Gouverneure. Dessen Umsetzung wurde allerdings von Jelzin durch die Einführung eines »Moratoriums« für die Regionalwahlen immer wieder verzögert.

1996 wurde schließlich die prinzipielle Einführung von allgemeinen und direkten Gouverneurswahlen beschlossen. Da Russland einen föderalen Aufbau hat, werden auf der nationalen Ebene nur Grundregeln für die Wahl der Gouverneure festgelegt. Näheres wird durch die Gesetze der jeweiligen Föderationssubjekte geregelt. Der Art. 77 Abs. 1 der russischen Verfassung definiert die Grundregeln für die Wahl der Gouverneure folgendermaßen: »Das System der Organe der Staatsgewalt der Republiken, Regionen, Gebiete, bundesbedeutsamen Städte, des autonomen Gebietes und der autonomen Bezirke wird von den Subjekten der Russischen Föderation, in Übereinstimmung mit den Grundlagen der Verfassungsordnung der Russischen Föderation und den allgemeinen Prinzipien der Organisation der Vertretungs- und Vollzugsorgane der Staatsgewalt, die durch Bundesgesetz bestimmt sind, selbständig festgelegt.« Konkretisiert wurden die Regelungen in dem 1999 verabschiedeten Gesetz »Über die allgemeinen Prinzipien der Organisation der gesetzgebenden und exekutiven Organe der staatlichen Macht der Subjekte der Russischen Föderation«. Allerdings wurde auch hier lediglich festgelegt, dass die Ernennung der Gouverneure durch Wahl stattzufinden hat. Wie

diese konkret ausgestaltet sein sollte, unterlag der Gestaltungsfreiheit der Föderationssubjekte. Die maximale Amtszeit wurde auf zwei Amtsperioden beschränkt.

Die Regelung von 2004 bis 2012

2004 kündigte Wladimir Putin die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure an. Die Reform war eine Reaktion auf die Geiselnahme von Beslan, bei der Terroristen im Nordkaukasus eine Schule besetzten, und sie sollte der drohenden terroristischen Gefahr mit einer Festigung der Staatlichkeit begegnen. Gesetzliche Grundlage für die Reform war ein am 11. Dezember 2004 verabschiedetes Änderungsgesetz, welches vor allem den Inhalt des oben schon angesprochenen Gesetzes von 1999 berührte. Die substantielle Neuerung war, dass die Regelungen zur Wahl der Gouverneure nicht mehr von den Föderationssubjekten selbst festgelegt, sondern ausschließlich zentral geregelt wurden. Diese zentrale Regelung sah vor, dass der Präsident der Russischen Föderation dem jeweiligen regionalen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Gouverneurs vorschlägt. Die Mitglieder des Regionalparlaments mussten innerhalb von 14 Tagen über diesen Vorschlag abstimmen. Nahmen sie den Vorschlag an, war der Kandidat für das Amt des Gouverneurs bestätigt. Lehnten sie den Vorschlag ab, musste der Präsident innerhalb von sieben Tagen entweder noch einmal denselben oder einen anderen Kandidaten vorschlagen. Lehnte das Parlament den Kandidaten des Präsidenten ein zweites Mal ab, stand es dem Präsident zu, einen Interimgouverneur zu ernennen und anschließend Konsultationen mit dem Parlament abzuhalten. Daraufhin musste das regionale Parlament ein drittes Mal über einen Kandidaten des Präsidenten abstimmen. Im Fall einer erneuten Ablehnung hatte der Präsident das Recht, das regionale Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Eine Ergänzung zu dieser Regelung stellte der Erlass des Präsidenten Nr. 1603 vom 27. Dezember 2004 dar. Darin wurde festgelegt, dass die Regionalparlamente der Präsidentsverwaltung bis zu drei Kandidatenvorschläge zukommen lassen sollten, aus denen der Präsident dann seinen Kandidat auswählte. Darüber hinaus konnte der Präsident auch Gouverneure abberufen, wenn diese sein Vertrauen verloren hatten. Die maximale Amtszeit der Gouverneure wurde von zwei auf vier Amtsperioden verlängert.

Die neue Regelung ab 2012

Mit der Unterzeichnung eines erneuten Änderungsgesetzes am 2. Mai 2012 durch den noch amtierenden Präsidenten Dmitrij Medwedew, tritt nun am 1. Juni 2012 eine neue Regelung in Kraft, durch welche die Direktwahl der Gouverneure wiedereingeführt wurde.¹ Allerdings impliziert diese neue Regelung keine Rückkehr zu den Regelungen, wie sie bis 2004 galten. Vielmehr ist sie eine Kombination aus den beiden vorhergehenden Regelungen. Die Kandidaten für das Amt des Gouverneurs werden von den im Regionalparlament vertretenen Parteien nominiert. Dabei können auch parteilose Kandidaten aufgestellt werden. Die Nominierten müssen die Unterstützung von 5 bis 10 % der Abgeordneten der Kommunalparlamente in ihrer Region bekommen (die genaue Anzahl wird regional festgelegt). Ebenso ist es möglich, dass sich Bürger mittels einer Eigenbewerbung aufstellen lassen. Die Bewerber müssen in diesem Fall eine von Region zu Region unterschiedlich hohe Zahl von Unterstützerunterschriften (zwischen 0,5 und 2 % der Wahlberechtigten) vorweisen. Mit den nominierten Kandidaten hält der Präsident anschließend Konsultationen ab. Dieser Schritt wurde in den Vorbereitungen des Gesetzes als »Präsidentenfilter« bezeichnet. Inwieweit der Präsident hier Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten nehmen kann, ist noch unklar. Putin sprach sich für den Erhalt dieses »Filters« aus, um dem föderalen Zentrum Einflussrechte auf die Gouverneurswahlen zu erhalten, und für den Fall, dass separatistische oder kriminelle Kräfte an die Macht kommen sollten, eingreifen zu können.² Nach den Konsultationen mit dem Präsidenten stellen sich die Kandidaten der regionalen Bevölkerung zur Wahl. Die Wahl gewonnen hat der Kandidat, welcher mehr als 50 % der Stimmen auf sich vereinigen kann. Auch künftig kann der Präsident Gouverneure abberufen, wenn diese nicht mehr sein Vertrauen besitzen. Die maximale Amtszeit wurde wieder von vier Amtsperioden auf zwei reduziert.

Lesetipps zur alten Regelung der Gouverneurswahlen:

- Nußberger, Angelika (2005): Fiktion Rechtsstaat. Zur aktuellen Entwicklung in Russland. In: Höhmann, Hans-Hemann/Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning: Nur ein Ölboom? Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung. Münster, S. 218, 219.
- Golosov, Grigorii V.: Die Abschaffung der Gouverneurswahlen. In: Russland-Analysen Nr. 74 vom 30.09.2005, <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../russland/pdf/Russlandanalysen074.pdf>

1 <http://kremlin.ru/news/15186#sel=>.

2 <http://www.rbcdaily.ru/2012/04/27/focus/562949983690939>.

Ein »neuer Kurs« im Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Russland?

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Obwohl sich die russische Wirtschaft von der globalen Krise relativ schnell erholt hat, fehlt es an Investitionen. Ursache hierfür ist die negative Erwartungshaltung der Wirtschaftsakteure. Diese kann als sich selbst erfüllende Prophezeiung den Aufschwung gefährden. Der Staat muss sich deshalb bemühen, das Vertrauen der Wirtschaft zurückzugewinnen und ein stabiles institutionelles Umfeld zu schaffen, das Wirtschaftswachstum fördert. Erforderlich ist dafür zum einen eine Reform der Staatsverwaltung, die Wirtschaftsförderung zu einem zentralen Leistungskriterium macht, und zum anderen ein konstruktiver Dialog mit allen Beteiligten, der hilft, praktikable Lösungen zu finden und zu implementieren.

Einleitung

Im Februar 2012 kündigte der damalige Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin Pläne zur Einsetzung eines Beauftragten zum Schutz des Unternehmertums sowie umfassende Maßnahmen zur radikalen Verbesserung des Wirtschaftsklimas in Russland an. Auf einer Sitzung des Russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer am 9. Februar erklärte er, dass die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei Baumaßnahmen, der Zollabwicklung von Importen sowie weitere ähnliche Indikatoren zu Bewertungskriterien für die Tätigkeit föderaler Behörden werden sollen. Diese Maßnahmen sollen helfen, die besten Verfahren für den Umgang mit Investoren zu identifizieren und zu verbreiten sowie zu einer bedeutenden Verbesserung der Position Russlands in internationalen Ratings des Wirtschaftsklimas führen – mit einem Sprung vom 120. auf den 20. Platz. Zur Ausarbeitung dieser Initiativen stellte die Agentur für Strategische Initiativen (ASI) am 23. April »Standards für die Tätigkeit der Regionalverwaltungen zur Gewährleistung eines günstigen Investitionsklimas in den Regionen«¹ sowie »Fahrpläne« zu vier großen Regulierungsbereichen der Unternehmensaktivitäten zur öffentlichen Diskussion, darunter die Genehmigung von Baumaßnahmen, der Zugang zur Stromversorgung, die Zollabfertigung sowie die Exportförderung. Gleichzeitig wurden von Dmitrij Medwedew über die »Offene Regierung« Initiativen zur Privatisierung und deutlichen Einschränkung der Tätigkeiten von Staatsunternehmen sowie zur Beschränkung des »machtvollen Drucks« auf die Wirtschaft angestoßen.

Wie ernst sind diese Maßnahmen gemeint? Fallen sie nicht in die Kategorie der Wahlkampfversprechen? Unserer Meinung nach drücken diese Ankündigungen reale Veränderungen in der Wirtschaftspolitik aus und werden sich nachhaltig auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Russland in der nahen Zukunft auswirken.

Eine indirekte Unterstützung erhält diese These zum Beispiel dadurch, dass die Weltbank im Auftrag der russischen Regierung schon Ende 2010 das Projekt »Doing Business in Russia« aufnahm, das den Vergleich von Bedingungen der Unternehmensgründung, der Registrierung von Eigentum, Genehmigungen für Bauprojekte und den Anschluss an das Stromnetz in 30 Regionen vorhersieht. Zudem wurden schon im Jahr 2010 von Präsident Medwedew Veränderungen in der Gesetzgebung initiiert, die die Anwendung von strafrechtlichen Sanktionen gegenüber Unternehmern einschränken.

Zum Verständnis des von der Regierung angekündigten »neuen Kurses« lohnt es sich zudem, die Misserfolge in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft, die in den letzten Jahren in Russland offensichtlich wurden, aufmerksamer zu analysieren.

Erwartungen als sich selbst erfüllende Prognose

Die Prognosen führender russischer Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass das wirtschaftliche Wachstum in Russland in den kommenden Jahren im besten Fall 4% pro Jahr, in realistischeren Szenarien 3% bis 3,5% betragen wird. Hierauf stützen sowohl die Experten als auch die russische Regierung ihre Schätzungen der Haushaltsausgaben, der Rentenkassen sowie der Zuflüsse von Investitionen. Meiner Meinung nach geben diese Einschätzungen nur zum Teil die Realität wieder – da sie die Erwartungen der Marktteilnehmer nicht berücksichtigen.

Hier lässt sich eine Analogie zum Herbst 1999 herstellen, als das Beratungsunternehmen McKinsey in Moskau seinen Bericht »Die russische Wirtschaft: Wachstum ist möglich« vorstellte. Basierend auf einer Analyse von zehn Wirtschaftsbranchen kamen die Experten von McKinsey zu einem damals ungewöhnlichen Schluss: In den kommenden zehn Jahren, d. h. in den 2000er Jahren, kann sich die russische Wirtschaftsleistung verdoppeln.

1 http://www.asi.ru/asi_in_regions/Standart.pdf

Dabei gilt es zu bedenken, dass im August 1999 der zweite Tschetschenienkrieg begann, der damals noch unbekannte Wladimir Putin war gerade erst zum Ministerpräsidenten ernannt worden und bei den anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen galten Jurij Lushkow und Jewgenij Primakow als Favoriten. Im Land herrschten Instabilität und Ungewissheit mit den entsprechend skeptischen Langzeitprognosen. Richtig lagen aber nicht die Volkswirte, die die damaligen Krisentendenzen in die Zukunft fortschrieben, sondern die Experten von McKinsey, die, ausgehend von der Mikroebene der Unternehmen, die Perspektiven der russischen Wirtschaft analysierten und hierbei die positiven Einstellungen der Marktteilnehmer einfingen.

Die Lage in Russland war in den vergangenen Jahren bekanntermaßen diametral entgegengesetzt. Trotz einer relativen sozialpolitischen Stabilität bildeten sich bei Eigentümern und Top-Managern von Unternehmen, bei Experten, höheren Beamten und der Elite als Ganzes stabile negative Erwartungen heraus. Diese Erwartungen entwickelten sich zu einem selbstständigen, die Wirtschaft nach unten ziehenden Faktor. Ein Kapitalabfluss von 84 Mrd. US-Dollar im Jahr 2011 ist vor dem Hintergrund von Wirtschaftswachstum und einer stabilen volkswirtschaftlichen Situation völliger Unsinn. Dieser Unsinn spiegelt jedoch die realen Prozesse wieder: Vertreter der Wirtschaftselite, die Unternehmen und Finanzaktiva kontrollieren, vertrauen der Regierung und dem bestehenden System nicht und werden hierbei von jenen negativen Erwartungen geleitet, die sich bei ihnen in den vergangenen Jahren gefestigt haben.

Wodurch entstanden die negativen Erwartungen?

Das eigentümliche Paradox besteht darin, dass das »System Putin«, wie es Alena Ledeneva beschreibt, mit seiner umfangreichen Präsenz des Staates in der Wirtschaft, mit korrumpierten Gerichten, Richtern und Polizisten sowie der Dominanz persönlicher Beziehungen, schon zur Mitte der 2000er Jahre entstanden ist und sich in den vergangenen Jahren kaum verändert hat. Ungeachtet dessen konnte in Russland in den Jahren 2006–2007 ein großer Zustrom ausländischer Investitionen beobachtet werden, der nicht aus Steueroasen russischer Kapitalflucht, sondern von realen ausländischen Unternehmen kam. Dem folgte zwar die Krise und der Einbruch des Ölpreises, aber 2011 entsprachen die Preise für russisches Erdöl wieder dem Niveau der Jahre 2005–2006. Dementsprechend kann die Entwicklung des Erdölpreises unserer Meinung nach nicht den grundlegenden Stimmungswandel der Marktteilnehmer erklären.

Der Grund für den Stimmungswandel liegt unserer Meinung nach vielmehr darin, dass Anfang und Mitte der 2000er Jahre in der Politik eine Übereinstimmung zwischen »Worten« und »Taten« bestand. Man konnte mit den Methoden nicht einverstanden sein, mit denen die Oligarchen aus der Politik gedrängt wurden oder mit denen die Regionen in die »Vertikale der Macht« eingliedert wurden, aber es bleibt festzuhalten, dass die Regierung konkrete Ziele vorgab und diese anschließend umsetzte. Im Ergebnis entstand der Eindruck von konsequenter Politik. Auf dieser Basis entstanden allgemeine Vorstellungen über die »Spielregeln«, die den starken Zufluss von Investitionen in den Jahren 2006–2007 möglich machten.

Dieses System war einigermassen effektiv, solange das, was die Staatsmacht tat, mit den Interessen und Erwartungen eines bedeutenden Teils der Marktakteure übereinstimmte. Beispielsweise war die Wiederherstellung eines einheitlichen nationalen Wirtschaftsraums als Folge der »Unterordnung« der Gouverneure für die Mehrheit der Wirtschaftsakteure vorteilhaft. Dies betraf ebenso die Beziehung zwischen Staat und Großunternehmen. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, was mit dem Unternehmen Yukos gemacht wurde, aber viele hatten die »Herrschaft der sieben großen Banken« der Jahre 1996 bis 1998 ebenso kritisch betrachtet, wie die Wirtschaftspolitik eindeutig den Interessen weniger Großunternehmen untergeordnet war. Deshalb wurden die neuen relativ stabilen und verständlichen Spielregeln unter Vorherrschaft des Staates als »geringeres Übel« angesehen.

Der »Fall Yukos« bedeutet jedoch nicht nur einen Sieg des Kreml über die Großunternehmen, die in Person von Michail Chodorkowskij einen Anspruch auf eine Rolle in der großen Politik erhoben. Gleichzeitig zerstörte der Staat das relative Kräftegleichgewicht, das in Wirtschaft und Gesellschaft nach der Krise von 1998 entstanden war. Diese Krise zwang alle Elitegruppen – nationale und regionale Bürokratie, große und mittlere Unternehmen und die Sicherheitsstrukturen –, mit der Suche nach pragmatischen Lösungen zu beginnen. Alle verstanden, dass die Wiederholung einer solchen Krise das entstandene System mitsamt der bestehenden Elite hinwegfegen würde, und so zogen es die zentralen Akteure vor, sich zu einigen. Eben jene Absprachen von 1999/2000, die in verschiedenen Verhandlungsforen (wie dem Club-2015, dem Rat für Außen- und Verteidigungspolitik und später dem Zentrum für strategische Analysen – CSR) zustande kamen, waren die Basis für nachhaltige pragmatische Änderungen in der Steuer- und Zollpolitik, der Unternehmensführung und anderen Bereichen.

Nach dem »Fall Yukos« war der Kreml jedoch stärker als seine früheren Dialogpartner. Und dieser Erfolg

stieg ihm in gewisser Hinsicht zu Kopf: Die Akteure im Kreml gingen davon aus, dass sie allein wüssten, wo es lang geht und was zu tun ist. Da sie die Einnahmen aus der Rohstoffproduktion erhielten, die »Vertikale der Macht« aufgebaut und alle unter Kontrolle gebracht hatten, waren keinerlei Beratungen, Diskussionen und Konsultationen mehr nötig.

Das war eine Illusion. Selbst in den 2000er Jahren funktionierte das auf der Vertikale der Macht basierende System nur dann, wenn die Signale von oben mehr oder weniger mit den Interessen derer übereinstimmten, die sich auf den unterschiedlichen Ebenen der bürokratischen Hierarchie befanden. In der Krise wurde jedoch offensichtlich, dass die Staatsmacht bei weitem nicht alles weiß und schon gar nicht alles kann.

Bis Dezember 2008 erzählten die Führungskader der Regierung über die zentralen Fernsehsender, dass es in Russland nur an den Aktienmärkten und im Bankensektor einige wenige Probleme gäbe, die auf der anderen Seite des Ozeans provoziert worden seien. In Wirklichkeit aber sahen sich Großunternehmen in der Metall- und Chemieindustrie auf den Weltmärkten schon im Sommer mit einem ernsthaften Rückgang von Nachfrage und Preisen für ihre Produkte konfrontiert und sie begannen schon im August und September damit, ihre Arbeiter in Zwangsurlaub zu schicken. Unter diesen Umständen wurde den Eigentümern und Topmanagern bewusst, dass die russische Staatsmacht zumindest kein umfassendes Bild über den Zustand in der Wirtschaft besaß. Dies war eine logische Folge der »Informationsasymmetrie«, die sich aus der »Vertikale der Macht« ergab, bei der die untergeordneten Verwaltungsebenen bereitwillig über Erfolge berichteten, sich jedoch nicht beeilten, Probleme und Misserfolge in ihren Aufgabebereichen nach oben zu melden.

Dass dann die Regierung bei der »Brandbekämpfung« hin und her zu rennen begann – von dem Versprechen, alle zu retten, bis zu dem, die Staatsausgaben zu reduzieren und gleichzeitig das Arbeitslosengeld auf ein Niveau zu erhöhen, das in einigen Regionen das Durchschnittseinkommen überstieg – verstärkte den Eindruck der Unangemessenheit der Wirtschaftspolitik nur noch mehr. Viele Unternehmenseigentümer zogen es unter diesen Umständen verständlicherweise vor, liquide Aktiva abzuziehen und abzuwarten, bis sich in der Politik wenigstens irgendetwas geklärt hätte. Im Ergebnis brach die russische Wirtschaft im Jahr 2009 um 8 % ein, was den damaligen Wirtschaftskennzahlen vollkommen widersprach: Russland hatte kaum Auslandsschulden, kein ernsthaftes Defizit im Staatshaushalt und keine besonders hohe Inflation. Es wirkten allein die Unsicherheit und die negativen Erwartungen, die die Regierung selbst provoziert hatte.

Wie lassen sich die negativen Erwartungen ändern?

Empirische Forschungen bestätigen, dass es weiterhin ein hohes Potential für Wirtschaftswachstum gibt. Dieses Wachstum hängt jedoch in entscheidendem Maße von Investitionen ab. Am Vorabend der Wirtschaftskrise realisierten etwa 40 % der Unternehmen in der verarbeitenden Industrie große Investitionsprojekte. In der Regel waren dies die leistungsfähigsten Unternehmen, die sich am dynamischsten entwickelten. Selbst zum Höhepunkt der Krise plante etwa ein Drittel der Unternehmen eine Fortsetzung der Investitionen.

Zur Aufrechterhaltung der hohen Wachstumsgeschwindigkeit müsste die Regierung in erster Linie die Interessen der Investoren verstehen und mögliche Probleme, mit denen diese konfrontiert sind, erkennen. Der »Aufbau« des Staatsapparats und die Wirtschaftspolitik als Ganzes sollten im Folgenden auf die Lösung dieser Probleme ausgerichtet sein.

Das schlechte Investitionsklima in Russland wurde vor der Wirtschaftskrise von 2008/09 bei leistungsfähigen Unternehmen im Wesentlichen durch einen Nachfrageanstieg auf dem Binnenmarkt kompensiert. Jetzt haben sich die Wachstumsmöglichkeiten verringert, die Hindernisse sind aber geblieben. Zu den größten Problemen in der Industrie zählen hohe Steuersätze, der Druck durch natürliche Monopole und ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Unternehmen im Dienstleistungssektor beklagen sich über Steuern, hohe Konkurrenz durch russische Hersteller sowie unzureichende und sich ständig ändernde gesetzliche Regelungen. Ein Problem ist grundsätzlich nicht nur die schlechte Qualität der Institutionen, die die Wirtschaftstätigkeit regeln, sondern auch ihre Instabilität, die während der Krise sichtlich angestiegen ist.

Wie Interviews mit Unternehmern bezeugen, würde keine Firma Vergünstigungen und Unterstützung von Seiten des Staates ausschlagen. Leistungsfähige Unternehmen ziehen individuellen Vergünstigungen aber ein normales Wirtschaftsklima und stabile »Spielregeln« vor, welche die Bedingungen für ihre Geschäftstätigkeit schaffen. In diesem Falle können sie auch ohne zusätzliche Unterstützungen ihre Konkurrenz übertreffen.

Aufrufe zur Verbesserung des Investitionsklimas sind schon seit Anfang der 2000er Jahre von der Regierung zu vernehmen, de facto hinkt Russland in dieser Frage seinen direkten Konkurrenten – weiteren Transformationsökonomien – jedoch immer weiter hinterher. Nach Angaben der BEEPS-Studie (Business Environment and Enterprise Performance Survey) lag Russland beispielsweise Mitte der 2000er Jahre bei ungefähr der Hälfte der Indikatoren zum Wirtschaftsklima über dem osteuropäischen Durchschnitt. 2009 lag Russ-

land nur noch bei zwei Werten über dem regionalen Durchschnitt.

Ein näherer Einblick in die Arbeit des Staatsapparates zeigt, dass das schlechte Wirtschaftsklima dadurch bedingt ist, dass sowohl bei Beamten wie auch in Behörden keine Anreize bestehen, die Probleme von Unternehmen zu lösen oder Bedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Trotz der weit verbreiteten Vorurteile spielt hierbei das Korruptionsproblem bei Weitem nicht die Hauptrolle. Ein Großteil der russischen Beamten erhält seiner Qualifikation entsprechend kein schlechtes Gehalt und will seinen Arbeitsplatz behalten. Hierfür müssen die Beamten die bestehenden Vorschriften und Dienstanweisungen einhalten, wobei hierfür das zentrale Bewertungskriterium nicht der Erfolg ihrer Arbeit ist, sondern die fristgerechte Umsetzung der Anweisungen der Vorgesetzten.

Als Lösung des Problems der fehlenden Anreize für Beamte wird in der Theorie für gewöhnlich die politische Konkurrenz unter demokratischen Rahmenbedingungen gesehen. Politiker müssen sich an Zielen wie Wirtschaftswachstum oder der Verbesserung des Lebensniveaus orientieren. Darum wechseln sie Beamte aus, die nicht auf diese Ziele hinarbeiten, da sie andernfalls riskieren, die nächsten Wahlen zu verlieren. In Russland hat sich hingegen ein System des Staatskapitalismus ohne politische Konkurrenz herausgebildet. Die massenhaften Proteste gegen die Wahlfälschungen im Dezember 2011 in Moskau konnten an dieser Situation nichts ändern, da bis auf Weiteres keine reale politische Opposition existiert, die von breiten Wählerkreisen unterstützt wird.

Dennoch gibt es unter den bestehenden Verhältnissen Lösungsmöglichkeiten für das Problem der fehlenden Anreize im Staatsapparat. Eine davon ist die Einführung von Konkurrenzmechanismen zwischen einzelnen Teilen der Staatsverwaltung. Solch eine bürokratische Konkurrenz existiert schon: Zum Beispiel konkurrieren die föderalen Behörden untereinander um Einfluss und um Kontrolle über Haushaltsmittel.

Diese Behörden sind jedoch in ihrer Arbeit nicht auf das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung ausgerichtet. Die Steuerbehörde ist für das Eintreiben der Steuern verantwortlich, die Zollbehörde für die Haushaltseinnahmen aus Export und Import und für das Finanzministerium steht ein ausgeglichener Haushalt im Mittelpunkt. Das Wirtschaftsministerium ist zwar für das wirtschaftliche Wachstum verantwortlich, doch selbst wenn die Arbeit dieses Ministeriums tatsächlich nach diesem Kriterium bewertet werden würde, wäre sein Einfluss nicht groß genug, um dieses Ziel zu erreichen. Dies haben in den vergangenen Jahren die Ergebnisse regelmäßiger Diskussionen zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium sehr deutlich gezeigt.

Auch auf einer weiteren Ebene der Staatsverwaltung herrscht Konkurrenz – zwischen den Regionen. Im russischen System des Staatskapitalismus ist dies ein Wettkampf um Transferzahlungen und Subventionen aus dem föderalen Zentrum. Bisher war der bestimmende Faktor dieser Konkurrenz die politische Loyalität der Gouverneure – eine Region konnte mit umso mehr Subventionen und Transferzahlungen rechnen, je höher das Wahlergebnis für »Einiges Russland« bei den Duma-wahlen 2007 ausfiel.

Die föderale Unterstützung lässt sich aber auch nach anderen Kriterien zuteilen – zum Beispiel anhand der Investitionsdynamik und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen oder anhand des Anstiegs des Brutto-regionalprodukts. Darüber hinaus könnten jene Gouverneure gefördert werden, die eine Entwicklung ihrer Region ermöglichen, und jene entlassen werden, die dies nicht tun. Ein solcher Mechanismus – Förderung der besten, Bestrafung der schlechten Gouverneure – wird in China schon seit 30 Jahren erfolgreich angewandt. Einigen internationalen Studien zufolge wird dieser Mechanismus, bei Abwesenheit von politischer Konkurrenz und Aufrechterhaltung des Machtmonopols in den Händen der Kommunistischen Partei Chinas, zu eben jenem »Antrieb« der wirtschaftlichen Entwicklung.

Das oben Angeführte betraf im Wesentlichen das Unternehmensverhalten auf dem Binnenmarkt. Für viele leistungsfähige Unternehmen, die sich auf spezielle Marktnischen spezialisiert haben, wird der Binnenmarkt jedoch sehr bald zu eng. Für ihre weitere Entwicklung ist darum der Einstieg in den Weltmarkt wichtig. Hier stoßen sie aber auf bedeutende Export-schwierigkeiten, die vielfach auf eine fehlende Koordination zwischen den Regierungsbehörden zurückzuführen sind.

Dies betrifft nicht nur die langen Wartezeiten bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer, sondern auch die Dauer der Zollprozeduren. Auf den Export orientierte russische Unternehmen in der verarbeitenden Industrie müssen häufig Rohstoffe und Bauteile importieren. Auf Grund der Ungewissheit der Zollverfahren können diese Unternehmen ihren ausländischen Kunden aber keine genauen Lieferfristen garantieren.

Dementsprechend sollte die Exportförderung zu einer der zentralen Prioritäten der Regierung werden und als Indikator zur Bewertung der zuständigen Behörden dienen: für die Zollbehörde, das Ministerium für Industrie und Handel und die Branchenministerien. Konkrete Probleme in konkreten Branchen sollten in engem Kontakt zwischen der Regierung und der Wirtschaft sichtbar gemacht und gelöst werden. Dabei kann die erfolgreiche Erfahrung der Exportförderung von mittleren und großen Unternehmen in den neuen

Industriestaaten – wie Korea, Chile, Taiwan, Brasilien, Mexiko und Südafrika – angewandt werden.

All diese Mechanismen können jedoch nur bei einer aktiven und abgestimmten Reaktion der Wirtschaft umfassend funktionieren. Instrumente zur Herausbildung und Artikulation der Unternehmerpositionen könnten Wirtschaftsverbände sein. Schon heute gehören diesen die aktiveren und sich dynamisch entwickelnden Unternehmen an, wie Untersuchungen des »Zentrums zur Analyse von Unternehmen und Märkten« an der Moskauer Higher School of Economics zeigen. Die Wirtschaftsverbände sollten größere Möglichkeiten und Vollmachten zur Verteidigung der Rechte ihrer Mitglieder erhalten, darunter die Beteiligung bei verpflichtenden öffentlichen Anhörungen zu Gesetzesänderungen und das Recht, vor Gericht im Namen ihrer Mitglieder aufzutreten.

Wie die speziellen Fokusgruppen-Interviews gezeigt haben, die im Rahmen der Vorbereitungen auf die Russische Strategie 2020 durchgeführt wurden, sind die Staatsvertreter sehr daran interessiert, dass ihr Vorgehen verstanden wird. Doch statt einen Dialog mit den Entscheidungsträgern zu führen, wendet sich die Staatsführung direkt an die Bevölkerung – in Form von »Treffen mit dem Volk«, TV-Auftritten und Internetkonferenzen. All dies geschieht, weil die russische Staatsmacht große Angst vor sozialer Instabilität hat. Direkter Kontakt mit der Bevölkerung ist an sich nichts Schlechtes. Investitionsentscheidungen treffen jedoch nicht die Wähler, sondern Eigentümer und Top-Manager von Unternehmen. Wenn sich die Staatsmacht nicht darum bemüht, der Wirtschaftselite zu erklären, was und warum sie etwas tut, und nicht bestrebt ist zu verstehen, worin die Probleme und Bedürfnisse der Wirtschaft bestehen, so braucht sie sich anschließend nicht wundern, dass die Unternehmer ihr Kapital aus dem Land abziehen, statt zu investieren.

Um diese Einstellung zu ändern, bedarf es einer anderen Politik und Veränderungen in der Psychologie der Personen an der Macht. Sie müssen verstehen, dass sie das Land und die Wirtschaft nur lenken können, wenn die von ihnen gestaltete Politik den Interessen der zentralen Akteure entspricht, die auf ihrer Ebene Entscheidungen treffen – in Unternehmen, staatlichen Einrichtungen, Regionalverwaltungen und Gemeinden. Zum Verständnis dieser Interessen muss man sich im

Dialog mit diesen Akteuren befinden und über funktionierende »Rückkoppelungsmechanismen« verfügen.

Illusionen bestehen jedoch nicht nur auf Seiten der Staatsmacht. Viele Experten sprechen heute über die Notwendigkeit, Eigentumsrechte, unabhängige Gerichte, gute Unternehmensführung sowie politische und wirtschaftliche Konkurrenz zu schützen. Dies ist alles richtig. Nur wird hierüber schon seit vielen Jahren gesprochen und nichts geschieht. Warum? Das Problem ist nicht der politische Wille – dieser besteht. Zum Beispiel war das Gesetz Nr. 94 über öffentliche Auftragsvergabe und Staatseinkäufe aus dem Jahr 2005 eine einschneidende politische Entscheidung, für die sowohl in der Politik als auch in der Staatsverwaltung erhebliche Anstrengungen unternommen wurden. Leider erfolglos, da die »ideologisierten« und realitätsfremden Verfahren des Gesetzes nicht den Interessen der gutwilligen Akteure in Wirtschaft, Staatsverwaltung und Gesellschaft entsprachen.

Ausblick

Meiner Meinung nach ist es jetzt Zeit für andere Entscheidungen und für eine andere, pragmatische Tagesordnung. Statt sich an »liberale« oder andere Ideologien anzulehnen, sollten praktische Lösungen der heutigen Probleme vorgeschlagen werden. Eine ganze Reihe solcher pragmatischen Entscheidungen wurde nach der Krise von 1998 getroffen und dies war ein Grund für die Entstehung positiver Erwartungen.

Die Entwicklung des Landes hängt heute im Wesentlichen von der Bereitschaft des Kreml ab, ein Format für einen konstruktiven Dialog mit anderen Elitegruppen zu finden, nicht nur mit der Wirtschaft, sondern auch mit der regionalen Bürokratie und den Leitern staatlich finanzierter Einrichtungen. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Bereitschaft und Fähigkeit russischer Experten, als Vermittler in einem solchen Dialog aufzutreten. Die Rhetorik der russischen Führung in den vergangenen Monaten lässt hoffen, dass zumindest im Verhältnis zur Wirtschaft ein solcher Dialog Wirklichkeit wird. Ob diese Hoffnung gerechtfertigt ist, wird nach der Ernennung der neuen Regierung mit ihren ersten konkreten Maßnahmen deutlich werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Christoph Laug

Über den Autor:

Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Forschungsergebnissen der Expertengruppe Nr. 4, »Stärkung marktwirtschaftlicher Institutionen« im Rahmen der Vorbereitungen für die Vorschläge zur »Strategie der sozial-ökonomischen Entwicklung Russlands bis 2020 (Strategie-2020)«. Der Autor dankt den Mitgliedern der Expertengruppe für die inhaltreichen Diskussionen und dem Programm zur Grundlagenforschung an der Higher School of Economics (HSE) für die Unterstützung der Tätigkeiten der Arbeitsgruppe.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps

(zur Funktionsweise der russischen Wirtschaft und der Einschätzung russischer Unternehmer)

- Kuznetsov, B./Dolgopyatova, T./Golikova, V./Gonchar, K./Yakovlev, A./Yasin, Y. (2011): Russian Manufacturing Revisited: Industrial Enterprises at the Start of the Crisis, in: Post-Soviet Affairs, 27:4, S. 366–386.
- Ledeneva, Alena (2012): Cronies, economic crime and capitalism in Putin’s sistema, in: International Affairs, 88:1, S. 149–157.
- Yakovlev, A. (2006): The evolution of business – state interaction in Russia: From state capture to business capture?, in: Europe-Asia Studies, 58:7, S. 1033–1056.
- Jakowlew, A./Frye, T. (2007): Reformy w Rossii glasami bisnesa, in: Pro et Contra, Juli–Oktober 2007, S. 118–134.
- Jakowlew, A./Goworun, A. (2011): Bisnes-assoziazii kak instrument wsaimodeistwija meshdu prawitelstwom i predprinimateljami: rezultaty empiritscheskogo analiza, in: Shurnal Novoi ekonomitscheskoi assoziatii, 2011:9, S. 98–129.

RANKING

Russlands Platzierung im Ease of Doing Business Ranking der Weltbank

In ihrer Doing Business Datenbank erfasst die Weltbank jedes Jahr die staatliche Regulierung insgesamt zehn verschiedener Geschäftsaktivitäten mit statistischen Kennzahlen bzw. Indizes. Dabei machen mittlerweile etwa 8.000 Experten (Anwälte, Consultants, Rechnungsprüfer und Mitarbeiter der staatlichen Wirtschaftsverwaltung) Angaben zur Abwicklung der Aktivitäten eines hypothetischen mittelständischen Durchschnittsunternehmens in der größten Stadt des Landes. Zusätzlich bildet die Weltbank für jede Geschäftsaktivität seit 2005 eine internationale Rangliste und seit 2008 auch eine Rangliste für den Gesamtwert.

Im Folgenden wird die aktuelle Platzierung Russlands unter den insgesamt 183 erfassten Ländern dokumentiert. Zum Vergleich sind die Werte für China und Deutschland aufgeführt.

Tabelle 1: Die Platzierung Russlands im Ease of Business Ranking der Weltbank im Vergleich zu China und Deutschland (2011)

	■ Russland	■ China	■ Deutschland	← besser – schlechter →
Gesamtplatzierung	120	91	19	
Geschäftseröffnung	111	151	98	
Baugenehmigung	178	179	15	
Zugang zur Stromversorgung	183	115	2	
Eigentum registrieren	45	40	77	
Kreditaufnahme	98	67	24	
Schutz von Investoren	111	97	97	
Besteuerung	105	122	89	
Außenhandel	160	60	12	
Durchsetzung von Vertragsrechten	13	16	8	
Geschäftsaufgabe	60	75	36	

Quelle: Weltbank, <http://www.doingbusiness.org/rankings>

Vom 3. bis zum 17. Mai 2012

03.05.2012	Bei zwei dicht aufeinander folgenden Selbstmordattentaten an einem Kontrollposten in Machatschkala (Dagestan) werden 13 Personen getötet und über 100 Personen zum Teil schwer verletzt.
04.05.2012	Die Moskauer Stadtverwaltung vereinbart mit den Organisatoren des oppositionellen »Marsch der Millionen« eine Demonstrationsroute für den 6. Mai, den Tag vor der Amtseinführung Wladimir Putins. Auf der Route von der Jakimanka-Straße bis zum Bolotnaja Ploschtschad sind 5.000 Teilnehmer zugelassen.
05.05.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft im Kreml mit dem Führungspersonal der Regierung, der Präsidentialadministration und der Sicherheitsstrukturen zusammen. Er dankt ihnen für die »gut abgestimmte Teamarbeit« und wünscht seinem Nachfolger Wladimir Putin viel Erfolg: »Wir waren zusammen und werden zusammen bleiben«.
05.05.2012	Das Regionalparlament von Perm wählt Viktor Basargin, bisher Minister für wirtschaftliche Entwicklung, zum neuen Gouverneur. Im Gebiet Jaroslawl wird Sergej Jastrebow, bisher Stellvertreter des Gouverneurs, zum neuen Gouverneur gewählt. Das Parlament im Bezirk Stawropol wählt Valerij Serenkow einstimmig zum Gouverneur.
06.05.2012	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt Generalmajor Viktor Bondarew, bisher Erster Stellvertretender Oberkommandierender der Luftstreitkräfte zum Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte. In einem weiteren Erlass ersetzt Viktor Tschirkow, bisher Vize-Admiral und Befehlshaber der Ostseeflotte, Admiral Wladimir Wysozkij als Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte.
06.05.2012	Im Zentrum Moskaus nehmen ca. 20.000 Menschen an einer Demonstration gegen die Rückkehr Wladimir Putins in das Präsidentenamt teil. Es kommt zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Mehr als 650 Personen werden vorübergehend festgenommen. 29 Angehörige der Sicherheitskräfte und ca. 50 Demonstranten werden verletzt. Die Internetseiten mehrerer regierungskritischer Medien, darunter Echo Moskvj, Kommersant, Doshd und Slon werden teilweise durch DDoS-Attacks (Distributed Denial of Service) lahmgelegt.
07.05.2012	In Moskau findet die feierliche Amtseinführung von Wladimir Putin in das Präsidentenamt statt. Den ganzen Tag über finden kleinere Protestaktionen statt, bis zu 300 Personen werden kurzzeitig festgenommen. In der Nacht kommt es zu weiteren Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten.
07.05.2012	Präsident Wladimir Putin schlägt der Staatsduma Dmitrij Medwedew als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten vor.
07.05.2012	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet er eine Reihe von Erlassen. Unter anderem veranlasst er die einmalige Zahlung von 1.000 bis 5.000 Rubel (ca. 25 bis 125 Euro) an Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges zum bevorstehenden 67. Jahrestag des Sieges und weist die Regierung an, 25 Million hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und bis 2018 eine Einkommenserhöhung um das 1,5-fache zu realisieren.
08.05.2012	Die russische Staatsduma stimmt über die Kandidatur Dmitrij Medwedews als Ministerpräsident ab. Er erhält 299 Stimmen. 144 Abgeordnete, darunter die gesamte Fraktion der Kommunistischen Partei und ein Großteil der Fraktion »Gerechtes Russland« stimmen gegen Medwedew, dem eine Stimme zur 2/3-Mehrheit fehlt. Präsident Putin ernennt Medwedew wenig später per Erlass zum Ministerpräsidenten.
08.05.2012	Die Opposition ruft weiterhin zu »Spaziergängen« in der Moskauer Innenstadt auf. In der Nacht und am Tag nach der Inauguration Putins werden erneut ca. 200 Personen vorübergehend festgenommen, darunter mehrere Anführer der Oppositionsbewegung.
09.05.2012	Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nehmen an der Militärparade zum 67. Jahrestages des Sieges im »Großen Vaterländischen Sieg« teil. Mehr als 14.000 Soldaten marschieren über den Roten Platz. In der Parade werden auch Panzer, Raketen und andere schwere Waffen gezeigt.
09.05.2012	US-Präsident Barack Obama beglückwünscht Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch zum Amtsantritt. Beide gratulieren einander zum Tag des Sieges. Putin teilt Obama mit, dass er wegen der Regierungsbildung nicht am bevorstehenden G8 Gipfel in Camp David teilnehmen kann. An seiner Stelle wird Ministerpräsident Dmitrij Medwedew in die USA reisen.
09.05.2012	Im Moskauer Stadtzentrum findet eine Demonstration der Kommunistischen Partei statt, der sich weitere Regierungskritiker anschließen. Am Abend werden Alexej Nawalnij (Rospil) und Sergej Udaltow (Linke Front) zu jeweils 15 Tagen Haft wegen Nichtbefolgung von Polizeianweisungen verurteilt. In den vorhergehenden drei Tagen wurden bis zu 860 Personen kurzzeitig festgenommen.
09.05.2012	Ein »Suchoi Superjet 100«, ein zweistrahliges Regionalverkehrsflugzeug, das Suchoi zusammen mit zahlreichen westlichen Partnern, unter anderem Alenia und Boeing, entwickelt hat, stürzt unweit von Jakarta (Indonesien) bei einem Demonstrationsflug für potentielle Käufer ab. Keiner der 45 Passagiere, darunter acht Russen, ein Amerikaner und ein Franzose, überlebt den Absturz.

10.05.2012	Präsident Wladimir Putin besucht das Unternehmen »UralWagonSavod« in Nishnij Tagil und veranstaltet eine Arbeitskonferenz zur Zukunft des Militär-Industriellen Komplexes. Neben einer stärkeren Kontrolle zur Einhaltung der staatlichen Rüstungsaufträge fordert er eine reale Konkurrenz in der Verteidigungsindustrie – mit Beteiligung ziviler und privater Unternehmen. Er dankt zudem dem Arbeitskomitee der Fabrik für ihre Wahlkampfunterstützung und erklärt, dass das Unternehmen bis 2020 insgesamt 67 Mrd. Rubel (ca. 1,7 Mrd. Euro) für Modernisierungsmaßnahmen aus dem föderalen Staatshaushalt erhalten wird.
10.05.2012	Wladimir Putin entlässt Wladimir Artjakow, Gouverneur des Gebietes Samara, vorzeitig aus dem Amt. Die Amtsgeschäfte übernimmt vorübergehend Nikolaj Merkuschkina, der in einem weiteren Erlass vom Amt des Republikoberhauptes von Mordowien, entbunden wird. Dessen Aufgaben übernimmt vorübergehend Wladimir Wolkow.
10.05.2012	In Reaktion auf die Entscheidung des Europäischen Menschenegerichtshofes hebt das russische Justizministerium die Entscheidung, die »Republikanische Partei« von Wladimir Ryschkows nicht zu registrieren auf. Die »Republikanische Partei« wird damit offiziell zugelassen und darf in Zukunft an Wahlen teilnehmen.
10.–11.05.2012	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräften werden im Rayon Kizljarsk (Dagestan) sechs Untergrundkämpfer getötet. Zwei Soldaten kommen bei dem Einsatz ums Leben, sieben weitere werden verletzt.
11.05.2012	Das russische Justizministerium registriert die »Demokratische Partei Russlands« als erste Partei nach dem neuen Parteiengesetz.
12.05.2012	Die Demonstranten, die im Moskauer Stadtzentrum seit dem 6. Mai ein provisorisches Protestlager aufrechterhalten, verabschieden eine Resolution, in der eine Untersuchung der Polizeimaßnahmen während des »Marches der Millionen« vom 6. Mai gefordert wird. Zudem wird die Einrichtung einer Übergangsregierung und die Umsetzung der bisherigen Forderungen der Protestbewegung verlangt.
12.05.2012	Der burjatische Präsident Wjatscheslaw Nagowizyn wird vom Parlament (Chural) der Republik Burjatien als »Republikoberhaupt« für eine zweite Amtszeit gewählt.
12.05.2012	Das Parlament des Gebiets Samara wählt Nikolaj Merkuschkina zum neuen Gouverneur. Er übte zuvor 17 Jahre lang das Führungsamt in der Republik Mordowien aus.
12.05.2012	Alexander Drozdenko wird vom Parlament des Gebietes Leningrad zum Nachfolger des seit 14 Jahren amtierenden Gouverneurs Walerij Serdjukow gewählt. Dessen Amtszeit wäre im Juli ausgelaufen. Es wurde also eine Direktwahl vermieden, da im Juli das Gesetz zur Direktwahl der Gouverneure schon in Kraft ist.
13.05.2012	In Moskau findet ein unangemeldeter »Kontroll-Spaziergang« statt, zu dem Schriftsteller und Musiker aufgerufen hatten, um gegen willkürliche Festnahmen zu protestieren. Ca. 15.000 Teilnehmer spazieren ungestört vom Puschkinplatz zum Protestlager auf dem Tschistoprudnij Boulevard. Die Polizei spricht von 2.000 Teilnehmern.
13.05.2012	Unweit von Pjatigorsk (Bezirk Stawropol) kommen beim Zusammenstoß zweier Reisebusse vier Personen, darunter zwei Schüler, ums Leben. 15 weitere Personen werden zum Teil schwer verletzt.
14.05.2012	Präsident Wladimir Putin entlässt Alexander Mischarin, bisheriger Gouverneur im Gebiet Swerdlowsk, auf eigenen Wunsch. Die Amtsgeschäfte übernimmt vorübergehend Jewgenij Kujwaschew, der von seinem Amt als Bevollmächtigter des Präsidenten im Föderalbezirk Ural entbunden wird.
14.05.2012	Das Parlament der Republik Mordowien wählt Wladimir Volkow einstimmig zum neuen Republikoberhaupt.
15.05.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew übergibt Präsident Wladimir Putin seine Vorschläge zur Struktur und Besetzung der kommenden Regierung.
15.05.2012	Am 9. Tag des Protestlagers auf dem Moskauer Gartenring ordnet ein Bezirksgericht nach Klage von Anwohnern den zentralen Verwaltungsbezirk und die Polizei an, das Lager zu räumen und Ordnung und Sauberkeit wieder herzustellen. Die Protestierenden erklären, bleiben zu wollen. In St. Petersburg besteht seit 8 Tagen ein Protestcamp vor der Isaakskathedrale.
15.05.2012	Die Staatsechefs der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS), Wladimir Putin (Russland), Serzh Sargsjan (Armenien), Alexander Lukaschenko (Belarus), Nursultan Nasarbajew (Kasachstan), Almazbek Atambaew (Kirgistan), Emomali Rachmon (Tadschikistan) und Islam Karimow (Usbekistan) kommen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags zur kollektiven Sicherheit und zum 10. Jahrestag der Gründung der OVKS im Moskauer Kreml zu einem Jubiläumstreffen zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung wird das geplante NATO-Raketenabwehrsystem kritisiert.

15.05.2012	Im Moskauer Kreml findet ein inoffizielles Treffen der elf Staatschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) statt. Neben den Staatschefs der OVKS nehmen Ilham Alijew (Aserbaidshan), Nikolae Timofti (Moldawien), Gurbanguly Berdimuhamedow (Turkmenistan) und Viktor Janukowitsch (Ukraine) teil. Im Mittelpunkt stehen Perspektiven einer vertieften Zusammenarbeit der GUS. Russlands Präsident Putin führt im Anschluss mit den Staatschefs von Usbekistan, der Ukraine, Tadshikistan und Kirgistan Gespräche.
15.05.2012	Bei seinem ersten Treffen mit einem Staatschef als Ministerpräsident trifft Dmitrij Medwedew mit dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko zusammen. Beide betonen, die Integrationsinitiativen des Unionsstaates Russland – Belarus fortsetzen zu wollen.
16.05.2012	Am frühen Morgen wird das Protestlager auf dem Moskauer Tschistoprudnij Boulevard nach zehn Tagen geräumt. Die Protestierenden schlagen ein neues Lager auf dem Barrikaden-Platz auf. Am Abend kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, ca. 30 Personen werden festgenommen.
16.05.2012	Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew treffen in der Präsidentenresidenz Nowo-Ogarewo zusammen, um die Zusammensetzung der künftigen Regierungsmannschaft sowie den bevorstehenden G8-Gipfel in Camp David, auf dem Medwedew Wladimir Putin vertritt, zu besprechen.
17.05.2012	Die Kommunalversammlung des Moskauer Rayons Presnja, von Oppositionsabgeordneten dominiert, plant ein Festival unter dem Titel »Sommer der Freiheit« auf einem Teil des Moskauer Gartenrings vom 17. Mai bis 1. September 2012. Der Moskauer Zentrale Verwaltungsbezirk ordnet auf eben jenem Abschnitt ab dem 1. Juni bis Ende August Renovierungsarbeiten an.
17.05.2012	Ramzan Kadyrow, Republikoberhaupt Tschetscheniens, entläßt alle Minister der Regionalregierung. Er begründet dies mit neuen Herausforderungen und Problemen, die neue Ansätze und Strategien verlangen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

5. Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden – Junge Wirtschaftseliten im Meinungsaustausch

Bewerbungsschluss: 31. Mai 2012

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der BMW Stiftung Herbert Quandt deutsche und russische Unternehmen dazu ein, junge Führungskräfte für die Teilnahme am exklusiven Intensivseminar (08. – 14. Oktober 2012) zu nominieren.

Leitthema des diesjährigen Seminars ist: »So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig? – Das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Bürger«. Die deutschen und russischen Teilnehmer werden sich darüber austauschen, welche Aufgabenverteilung zwischen Markt und Staat sinnvoll ist, welche Bedeutung Rechtsstaatlichkeit und Compliance für eine Gesellschaft haben sollten, wie der Mittelstand durch Regulierung und Bürokratie belastet wird, in welcher Weise Unternehmen Akteure der Bürgergesellschaft sind und wie Wege aus dem Fachkräftemangel aussehen können.

Als Referenten und Gesprächspartner stehen den Teilnehmern führende Unternehmer aus Deutschland und Russland sowie Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft zur Verfügung. Kulturelle Veranstaltungen flankieren die intensiven Gespräche.

Interessierte Unternehmen erhalten weitere Informationen auf der zweisprachigen Homepage www.deutsch-russische-gespraechе.com.

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de